

Die Bedeutung der Klimafinanzierung für den Pariser Klimagipfel 2015

Prys-Hansen, Miriam; Lellmann, Malte; Röseler, Milan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Prys-Hansen, M., Lellmann, M., & Röseler, M. (2015). *Die Bedeutung der Klimafinanzierung für den Pariser Klimagipfel 2015*. (GIGA Focus Global, 5). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-448208>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die Bedeutung der Klimafinanzierung für den Pariser Klimagipfel 2015

Miriam Prys-Hansen, Malte Lellmann und Milan Röseler

In der Klimafinanzierung spiegeln sich grundlegende Fragen der globalen Klimapolitik wider. Dabei steht nicht nur die Verteilung von Geldern im Mittelpunkt. Viel wichtiger ist die Frage, ob und wie es gelingen kann, die Schwellenländer an Maßnahmen und an der Finanzierung zur Milderung des Klimawandels zu beteiligen. Der Erfolg der Klimakonferenz in Paris 2015 wird in hohem Maß von der Klärung dieser Frage abhängen.

Analyse

Im Dezember 2015 wird die Staatengemeinschaft auf der 21. UN-Klimakonferenz in Paris zur Verhandlung eines globalen Klimaabkommens zusammentreffen. Um das 2-Grad Ziel zu erreichen, sind neben den Industriestaaten besonders die aufstrebenden BASIC-Staaten (Brasilien, Südafrika, Indien und China) aufgefordert, ihren CO₂-Ausstoß zu senken. Das neue Abkommen muss daher die veränderten globalen Kräfteverhältnisse berücksichtigen. Ein globaler Erfolg ist maßgeblich von der Bereitstellung umfangreicher Finanzmittel durch die Industriestaaten abhängig.

- Auf der 21. UN-Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris sollen die Verhandlungen eines globalen Klimaabkommens abgeschlossen werden. Aufgrund des Misstrauens zwischen den Verhandlungskoalitionen sind die Erfolgserwartungen allerdings gedämpft.
- Wegen des gestiegenen Ausstoßes von Treibhausgasen durch die Schwellenländer kann der Klimawandel nur gemeinsam mit ihnen bekämpft werden. Das dadurch entstehende Spannungsverhältnis zwischen dem Recht auf Wachstum und der Verantwortung, eine globale Reduktion von Treibhausgasen (Mitigation) zu erreichen, prägt die aktuellen Verhandlungen.
- Ob sich die Staatengemeinschaft in Paris auf ein international verbindliches Abkommen einigen wird, ist daher vor allem von einer für alle zufriedenstellenden Lösung der Klimafinanzierung abhängig. Obgleich mit der Gründung und Kapitalisierung des Green Climate Fund Fortschritte gemacht wurden, bleiben wichtige Fragen ungeklärt.
- Mit der Bereitstellung von nachhaltigen Finanzmitteln können die Industriestaaten die BASIC zur Übernahme von globaler Verantwortung bewegen. Verlässliche Klimafinanzierung kann als vertrauensbildende Maßnahme wirken.

Schlagwörter: Klimafinanzierung, UNFCCC, COP 21, Paris, BASIC, Green Climate Fund

Klimawandel: ein Konfliktfeld zwischen Industrie- und Schwellenländern

Die globalen Klimaverhandlungen stehen im Jahr 2015 vor einer bedeutenden Herausforderung. In Paris wird im Dezember 2015 ein neues Klimaabkommen verhandelt, welches das Kyoto-Protokoll, das im Jahr 2020 abläuft, ablösen soll. Die Verhandlungen im globalen Klimaregime waren stets schwierig. Zumindest seit 2008 sind sie zudem von den Verschiebungen globaler Machtverhältnisse geprägt. Ganz gleich welche Betrachtungsweise von CO₂-Emissionen man wählt, ob absolut, pro-Kopf oder im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung: China stößt den mit Abstand größten Anteil an Treibhausgasen aus und Indien und Brasilien befinden sich unter den Top 10 der CO₂-Emitenten (World Resources Institute 2015a; Posner und Sunstein 2010). Der Treibhausgasausstoß stellt demnach ein Politikum dar und ist somit Verhandlungsgegenstand zwischen Industrieländern und den aufstrebenden Mächten. Wissenschaftliche Berechnungen zeigen, dass eine Reduktion der globalen Treibhausgase nicht ohne die BASIC-Staaten zu erreichen und ein Erfolg des Klimagipfels 2015 in Paris vor allem von Zugeständnissen beider Akteursgruppen – Industrie- und Schwellenländer – abhängig ist. Mit der wachsenden Notwendigkeit, die Schwellenländer in die Bemühungen um die Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen einzubinden, nimmt zugleich deren Verhandlungsmacht zu und damit die Notwendigkeit, internationale Regime und Aushandlungsprozesse an die neuen Machtverhältnisse anzupassen.

Eine der relevantesten, aber umstrittenen Normen der internationalen Klimapolitik ist das Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“. Es besagt, dass alle Länder zum Schutz des Klimas beitragen sollen, sich ihre jeweilige Verantwortung dabei aber unterscheiden. Von Seiten der Entwicklungs- und Schwellenländer wird dies als Hinweis auf die „historische Verantwortung“ der Industrienationen verstanden: Sie sollen eine Vorreiterrolle sowohl bei Emissionsreduktionen als auch bei der Finanzierung von klimarelevanten Maßnahmen in Entwicklungsländern einnehmen. Während diese Interpretation in den ersten beiden Dekaden des Klimaregimes weitgehend unangefochten blieb, werden mit dem Aufstieg und dem zunehmenden wirtschaftlichen Wachstum – vor allem der BASIC-Staaten – andere Interpretationen des Prinzips laut.

Insbesondere durch die BASIC-Staaten verschiebt sich die dem Verantwortungsprinzip normalerweise zugrunde liegende Differenzierung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, weshalb die Aufteilung der Verantwortungen neu verhandelt werden muss (Prys-Hansen und Franz 2015). Allen voran die Industriestaaten, aber immer häufiger auch die am wenigsten entwickelten Staaten (Least Developed Countries, LDCs) fordern, dass Länder wie China, Brasilien und Indien einen bedeutenden Beitrag zur Lösung der derzeitigen Klimaprobleme leisten müssen. Welche Verantwortung sie dabei übernehmen und welche finanzielle Last sie tragen sollen und können, ist jedoch umstritten.

Diese Konfliktlinien charakterisieren die gegenwärtige internationale Klimapolitik und die laufenden Verhandlungen. Die Weiterentwicklung des Klimaregimes hin zu einem globalen Abkommen, das alle Hauptemittenten (insbesondere die USA, die EU und die BASIC) einbezieht, entscheidet sich an zwei Punkten: Erstens gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, inwiefern die Reduktionsverpflichtungen von Treibhausgasen auch für die schnell wachsenden Schwellenländer verbindlich sind. Das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen 2009 hat dies deutlich gemacht. Nach Absprache im Vorwege der Verhandlungen verweigerten sich die BASIC-Staaten völkerrechtlich bindenden Regelungen. Dies wird in der Literatur häufig an einem Beharren auf die nationalstaatliche Souveränität festgemacht (Betz und Never 2015: 3). Zweitens kommen die etablierten Industriestaaten ihrer historischen Verantwortung, den eigenen Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und Entwicklungs- und Schwellenländer finanziell bei Reduzierung und Anpassung zu unterstützen, oft selbst nur sehr schleppend nach.

Während die Frage nach der Festsetzung verbindlicher globaler Reduktionsziele offenbar dadurch geklärt wurde, dass man sich auf nationale Mechanismen (sogenannte „Intended Nationally Determined Contributions“, INDC) einigte, wird die Einigung auf einen globalen Klimavertrag vor allem dadurch behindert, dass die Finanzmittel hierfür nur unzureichend zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung klimapolitischer Maßnahmen wird deshalb ein Schlüsselthema der Verhandlungen in Paris 2015 sein und erst, wenn diese Frage geklärt ist und die Industrieländer die Finanzierung in die Hand nehmen, kann man auch mit einem Entgegenkommen der aufstrebenden Mächte rechnen.

Die Klimafinanzarchitektur im Wandel

Im Rahmen der Post-Kyoto-Verhandlungen zwischen 2005 und 2015 ist die Klimafinanzierung zu einem der bedeutendsten Themen bei der institutionellen Weiterentwicklung des UN-Klimaregimes avanciert. Schnell wurde deutlich, dass das 1997 beschlossene Kyoto-Protokoll nicht zur Stabilisierung des Weltklimas beitrug, weil alle großen Schwellenländer sowie die USA dem Vertrag nicht beigetreten waren und der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen global weiterhin stieg und noch immer steigt. Als Konsequenz aus der gescheiterten Kopenhagen-Konferenz im Jahr 2009 setzte sich die Erkenntnis durch, dass neben konkreten Reduktionszielen vor allem finanzielle Hilfen bereitgestellt werden müssen, die es Entwicklungs- und Schwellenländern langfristig ermöglichen, sich auf die Kurz- und Langzeitfolgen des Klimawandels einzustellen sowie eine emissionsarme Energiewirtschaft zu entwickeln. In der Folge verabschiedete der Klimagipfel 2010 in Cancun weitreichende Beschlüsse, die den Umbau der bisherigen Klimafinanzarchitektur einleiten sollten (IISD Reporting Service 2010: 11).

Ein erster Schritt war das Programm des *Fast Start Finance*, durch das sich die Industriestaaten verpflichteten, von 2010 bis 2012 30 Mrd. USD an öffentlichen Hilfgeldern für Anpassungs- und Minderungsprojekte in stark unterentwickelten und besonders vom Klimawandel bedrohten Staaten bereitzustellen. Bis September 2013 haben die Industriestaaten 35 Mrd. USD an öffentlichen Geldern zur Verfügung gestellt und damit die Vorgabe sogar übertroffen (27 Mrd. USD wurden allein von Deutschland, Japan, Norwegen, Großbritannien und den USA getragen) (Overseas Development Institute 2013). Im Gegensatz zu diesem kurzfristig angelegten Mechanismus zielt das komplementäre *Long Term Finance* Programm auf eine langfristig ausgerichtete Klimafinanzierung. Die Staats- und Regierungschefs der Industriestaaten verpflichteten sich darin, ihren Beitrag zur Klimafinanzierung sukzessive zu steigern und ab 2020 jährlich 100 Mrd. USD aus öffentlichen, privaten und alternativen Ressourcen für Klimaprojekte aufzubringen. Die inhaltliche Definition und institutionelle Verankerung dieses ambitionierten Plans ist seither eine der größten Baustellen des Post-Kyoto-Prozesses. Schnittstelle des Konsolidierungsprozesses ist das neu gegründete *Standing Committee on Finance*, welches den

Umbau der finanziellen Instrumente im Klimaregime koordiniert.

Die wichtigste Komponente beim Umbau der Klimafinanzierung ist allerdings der neu eingerichtete *Green Climate Fund* (GCF), der die bislang fragmentierten und schlecht koordinierten Strukturen der multilateralen Klimafinanzierung unter einem Dach vereinen und damit gerechter und effektiver machen soll. Durch die Gründung des GCF wurde eine neu strukturierte, unabhängige und paritätisch organisierte Finanzarchitektur komplementär zur Global Environment Facility (GEF) geschaffen, der bis dato von der Weltbank koordinierten UN-Architektur für Klimafinancen. Im Laufe der Jahre wurden unter dem Dach der GEF zahlreiche Fonds und Mechanismen gegründet. Der Adaptation Fund und der Least Developed Countries Fund entstanden beispielsweise im Rahmen des Kyoto-Protokolls und sollen besonders von den Auswirkungen des Klimawandels betroffene Länder unterstützen (Global Environment Facility 2013; UNFCCC 2014). Beide Fonds spiegeln die regimetypische Zerteilung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern wider und werden von einigen Akteuren dafür kritisiert, von der Weltbank und westlichen Mächten dominiert zu sein. Zudem gab es wegen der Vielzahl von Fonds Reibungsverluste. Insbesondere den LDCs war es nur schwer möglich, auf effektive Weise an geeigneten Finanzierungsmöglichkeiten teil zu haben.

Der neu gegründete GCF mit Sitz im südkoreanischen Songdo (der Fonds hat 24 Direktoriumsmitglieder, die je zur Hälfte aus Industrie- und Entwicklungsländern stammen) ist seit Mai 2014 operativ und wird seither kapitalisiert. Auf der ersten GCF-Geberkonferenz im November 2014 in Berlin verpflichteten sich 33 Staaten zur Bereitstellung von 10,2 Mrd. USD bis 2018 für den Klimaschutz (Schalatek 2015). Das vom GCF Aufsichtsrat ausgegebene Ziel, bis Ende April 2015 eine Kapitaldecke von 4,7 Mrd. USD zu erreichen, wurde jedoch verfehlt. Im Gegensatz zu Deutschland, das mit einer Milliarde USD in Vorleistung getreten ist, ließen die USA, Japan und Kanada die Einzahlungsfrist verstreichen. Zwar zeichnet sich inzwischen eine Einzahlung ab, jedoch ist das Ziel, die ersten Projektkredite schon vor dem Paris-Gipfel 2015 auszugeben, gefährdet. Der schleppende Prozess verdeutlicht die Fragwürdigkeit des ambitionierten Ziels für das Jahr 2020. Dass die vereinbarten 100 Mrd. USD noch weit hinter dem

tatsächlichem Klimafinanzierungsbedarf liegen könnten, zeigen die eingereichten Klimaziele der Entwicklungsländer. Mit ihren INDCs sollen die Staaten angeben, wie viel Geld sie für ihren Klimaschutz bis 2030 von den Industriestaaten benötigen: Bereits jetzt summieren sich die Forderungen von sieben der etwa 200 berechtigten Staaten, denen finanzielle Unterstützung gewährt werden könnte, auf etwa 300 Mrd. USD (Pashley 2015a).

GCF: Kritik und Herausforderungen

Trotz der grundsätzlich als positiv zu bewertenden institutionellen Veränderungen gibt es weiterhin Kritik an der neuen Finanzarchitektur. Neben der schleppenden Kapitalisierung sind vor allem zentrale Fragen der Funktionsweise des Fonds ungeklärt. Nach wie vor ist offen, wie, von wem und an wen der Fonds seine Mittel so ausgeben kann, dass er den Umbau der Wirtschaft in Entwicklungsländern zu mehr Klimaschutz und größerer Anpassungsfähigkeit an Klimafolgen am besten unterstützt. In der Kritik stehen insbesondere folgende Punkte:

1. Das Verhältnis von Mitigation und Adaptation: Ein überwiegender Teil der bisherigen Klimafinanzierung ist in Mitigations-Maßnahmen geflossen (91 Prozent im Jahr 2013), also für Projekte, mit deren Hilfe der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert werden soll (zum Beispiel durch Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz). Für Entwicklungsländer sind jedoch kurzfristig besonders Finanzhilfen für Adaptations-Projekte (zum Beispiel Küstenschutz und Aufforstung) nötig, um den Folgeschäden des Klimawandels entgegenzuwirken (Climate Policy Initiative 2014: VII).
2. Die Form der Mittelvergabe: Nach wie vor gibt es kein einheitliches Regelwerk für die Mittelvergabe, so dass nicht festgelegt ist, welche Projekte gefördert werden sollen. Bei der Frage, welche Geldströme zukünftig als Klimafinanzierung gewertet werden sollen, konnte durch eine Absprache der weltweit führenden Entwicklungsbanken inzwischen Einigung erzielt werden (Weltbank 2015). Ungeklärt ist immer noch, ob und unter wel-

chen Voraussetzungen die Projektmittel als öffentliche oder private Kredite (loans), in Form von Subventionen oder Transferzahlungen (grants) oder als Teilzuschüsse vergeben werden. Auch die konkrete Beteiligung des privaten Finanzsektors, der einen Teil der 100 Mrd. USD ab 2020 beisteuern soll, ist noch nicht fest umrissen.

3. Umverteilung der Klimafinancen: Große Teile der von OECD-Staaten vergebenen Finanzmittel werden nicht in Entwicklungsregionen, sondern in Industriestaaten investiert (Climate Policy Initiative 2014: 18). Die Klimafinanzierung steht damit vor der Herausforderung, die Finanzen effektiv zu verteilen und sie prioritär in den Regionen einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Dazu ist eine überschaubare institutionelle Struktur notwendig, mit deren Hilfe die Finanzen gesammelt und verteilt werden. Das paritätische System des GCF ist daher ein vielversprechender Ansatz.
4. Klima als Entwicklungsfinanzierung: Eine der Hauptforderungen der Schwellenländer an die Industriestaaten lautet, dass die Klimafinanzierung „neu und zusätzlich“ sein müsse. Die Forderung „neuer“ Mittel geht darauf zurück, dass Finanzierungszusagen häufig schon an anderer Stelle, zum Beispiel in der Entwicklungspolitik, gemacht wurden und dementsprechend umetikettiert werden. Ähnlich verhält es sich, wenn Mittel der Klimafinanzierung als offizielle Entwicklungsfinanzierung verbucht werden. Der steigende Mitteleinsatz für Klimafinanzierung kann unter Umständen sogar zur Reduzierung des Mitteleinsatzes in anderen Bereichen führen.

Die politische Signalwirkung der Gipfelarithmetik

Die hohe politische Relevanz, die der Klimafinanzierung als Signal für einen erfolgreichen Pariser Gipfel 2015 beigemessen wird, zeigt sich auch an der Popularität des Themas in multilateralen Foren und hochrangigen Gipfeltreffen. 2015 ist geprägt von drei wichtigen globalen Nachhaltigkeitskonferenzen, mit Paris als Höhepunkt für die internationale Klimapolitik. Die bisherigen High Level Events, der UN-Gipfel zur Entwicklungsfinanzierung (im Juli 2015 in Addis

Abeba) und der Gipfel für die Verabschiedung der Post-2015 Entwicklungsagenden im September 2015 in New York haben eine hohe politische Signalwirkung für das Gipfeltreffen in Paris 2015. Auf beiden Gipfeln geht es im Wesentlichen um die Neuverhandlung des Verantwortungsprinzips zwischen Industrie- und Schwellenländern. Während die Schwellenländer nach wie vor Probleme haben, ihre „neue“ Rolle als Verantwortliche anzuerkennen, fällt es den Industriestaaten schwer, „gemeinsame Verantwortung“ auch als geteilte Macht zu verstehen (Prys und Franz 2015).

Die Vorreiterrolle einzelner Staaten ist entscheidend, um Vertrauen herzustellen. Besondere Bedeutung kommt Deutschland als G7-Vorsitz und Frankreich als Ausrichter der Pariser Konferenz 2015 zu. Beide Staaten haben großes Interesse an einem erfolgreichen Klimagipfel und bereits wichtige Signale gesendet, wobei die Klimafinanzierung bewusst ins Rampenlicht gerückt wurde. So erneuerten die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident François Hollande auf dem Petersberger Klimadialog Ende Mai 2015 die Übereinkunft von Kopenhagen, in der sich die Industrieländer verpflichteten, ab 2020 jährlich 100 Mrd. US-Dollar für Entwicklungsländer bereitzustellen (BMUB 2015). Gleichzeitig gab die Kanzlerin das Ziel aus, den deutschen Beitrag der internationalen Klimafinanzierung bis 2020 von zwei auf vier Milliarden EUR zu verdoppeln. Auch in der Abschlusserklärung des Elmauer G7-Gipfels wird dieses Finanzierungsziel erneut bekräftigt (G7: 17-18). Als Zusammenschluss der größten Industrieländer spielen die G7 eine zentrale Rolle, um eine vertrauensschaffende Verhandlungsbasis für den Gipfel in Paris 2015 herzustellen. Eine Chance für eine gemeinsame Erklärung unmittelbar vor den Pariser Verhandlungen bietet der diesjährige G20-Gipfel in Antalya Mitte November 2015, auf dem die Staats- und Regierungschefs der Industriestaaten ein letztes Mal auf die Schwellenländer treffen werden. Diese positionieren sich mittlerweile ebenfalls auf dem Feld der nachhaltigen Entwicklungs- und Klimafinanzierung. Durch die Gründung der „BRICS-Bank“ (New Development Bank, NDB) im Juli 2015 haben die BRICS-Staaten ihre eigene Finanzinstitution geschaffen. Der indische Ministerpräsident Narendra Modi bekräftigte bereits die Absicht, mit der NDB vorwiegend in grüne Infrastrukturprojekte investieren zu wollen (Pashley 2015b).

Wie zukünftige (bilaterale) Klimafinanzierungszusagen im konkreten Fall aussehen können, zeigen auch die jüngsten deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen, bei denen Deutschland der brasilianischen Regierung 550 Mio. EUR für die kommenden zwei Jahre zusicherte. Die Gelder sollen als Entwicklungskredite zur Förderung von erneuerbaren Energien und zum Schutz des Tropenwaldes genutzt werden (*Zeit Online* 2015). Diese Zusagen sollten daher nicht nur als wichtiges politisches Signal – insbesondere an die Schwellenländer – sondern auch als vertrauensbildende Maßnahme gewertet werden.

Auswirkungen auf die Klimapolitik nach dem Kyoto-Protokoll

Für den Erfolg der Klimakonferenz in Paris 2015 ist die Klimafinanzierung von elementarer Bedeutung. Mit der neueren Finanzarchitektur versuchen die Staaten, den veränderten globalen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Insbesondere die Einrichtung des GCF erfüllt diesbezüglich unterschiedliche Zwecke, die die Grundlage erfolgreicher Verhandlungen bilden. Durch die institutionelle Architektur des GCF treffen sich Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer auf Augenhöhe. Dadurch soll eine gerechtere Verteilung der Mittel ermöglicht werden. Außerdem ist durch die Bündelung der Finanzen im GCF die Durchführung von Adaptations- und Mitigationsprojekten wesentlich erleichtert worden. Damit geht auch die Hoffnung einher, dass zukünftig mehr Mittel für die besonders vom Klimawandel bedrohten Länder wichtige Adaptation aufgewendet werden.

Die Bedeutung der Neuerungen bei der Klimafinanzierung weist aber über diese institutionellen und technischen Aspekte hinaus. Sie betrifft vor allem den politischen Verhandlungsprozess und macht hier Fortschritte möglich. Die bisherigen Verhandlungen waren von einem Nullsummendenden charakterisiert. Kein Staat wollte einem anderen Zugeständnisse machen, ohne selbst etwas zu gewinnen. Dieses Problem kann durch die Stärkung gegenseitigen Vertrauens gelöst werden. Insbesondere die Industrieländer sind am Zug und müssen mit konkreten Finanzierungszusagen und Einzahlungen in den GCF vorangehen. So werden sie ihrem Versprechen gerecht und können verlorenes Vertrauen wieder

aufbauen. Diese Entwicklungen bedeuten aber nicht, dass eine Einigung auf dem Klimagipfel in Paris 2015 in jedem Fall in ein neues international verbindliches Vertragswerk münden wird. Vielmehr ist es ebenso möglich, dass die Seite der Industriestaaten Finanzierungszusagen macht, während die aufstrebenden Mächte nationalstaatlich beschlossene Reduktionsziele anstreben. Damit würde die internationale Ebene gegenüber der nationalen an Bedeutung verlieren. Inwieweit so der Klimawandel gestoppt und gravierende Folgen abgewendet werden können, ist nicht absehbar.

Trotz zahlreicher ungelöster Fragen ist die Klimafinanzierung im Verlauf der letzten Jahre nicht nur zu einem zentralen Bereich der internationalen Klimapolitik avanciert, sondern spielt auch eine Schlüsselrolle für den Erfolg der Klimakonferenz 2015 in Paris. Wenn die Industriestaaten verbindliche Finanzierungszusagen umsetzen und so ihrer in der Konvention festgeschriebenen historischen Verantwortung nachkommen, können sie auch die aufstrebenden Mächte zum Handeln bewegen. Diese wiederum erklären sich unter diesen Bedingungen vermutlich dazu bereit, ihren Treibhausgasausstoß weiter zu reduzieren und einen wichtigen Beitrag zur Milderung des Klimawandels zu leisten. So gesehen sind die Finanzierungszusagen seitens der Industriestaaten als vertrauensbildende Maßnahmen zu verstehen: Sie kommen ihrer Verpflichtung nach und die aufstrebenden Mächte sind dann ebenfalls gezwungen, zu handeln.

Literatur

- Betz, Joachim, und Babette Never (2015), *Kollektive Selbstblockade? Weshalb der Pariser Klimagipfel scheitert*, GIGA Focus Global, 1, online: <www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_global_1501.pdf> (31. August 2015).
- BMUB (2015), *Petersberg Climate Dialogue VI: "Reaching for the Paris Outcome"*, online: <www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/detailansicht/artikel/petersberg-climate-dialogue-vi-documents/?tx_ttnews%5BbackPid%5D=212> (26. August 2015).
- Climate Policy Initiative (2014), *Global Landscape of Climate Finance 2014*, online: <climatepolicyinitiative.org/publication/global-landscape-of-climate-finance-2014/> (25. März 2015).
- Zeit Online (2015), Deutschland unterstützt Brasilien mit 550 Millionen Euro, online: <www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/klimaschutz-brasilien-deutschland-hilfen-kohleausstieg> (25. August 2015).
- Global Environment Facility (2013), *Climate Change*, online: <<https://www.thegef.org/gef/climate-change>> (31. August 2015).
- G7 (2015), *Abschlusserklärung G7-Gipfel*, online: <https://www.g7germany.de/Content/DE/_Anlagen/G8_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.html?nn=1281552> (26. August 2015).
- IISD Reporting Service (2010), *Cancún Climate Change Conference, 29 November-10 December 2010*, online: <www.iisd.ca/download/pdf/enb12498e.pdf> (17. August 2015).
- Overseas Development Institute (2013), *Scaling up: How Germany, Japan, Norway, the UK, and the US Approached Fast-start Climate Finance*, online: <www.odi.org/publications/7508-climate-change-germany-japan-norway-uk-us-fast-start-climate-finance> (17. August 2015).
- Pashley, Alex (2015a), *Climate Bill Racks up as Poor Nations Submit Paris Pledges*, online: <www.rtcc.org/2015/08/18/climate-bill-racks-up-as-poor-nations-log-bids/> (25. August 2015).
- Pashley, Alex (2015b), *BRICS Bank's First Project Should Be Green – Modi*, online: <www.rtcc.org/2015/07/09/brics-bank-should-back-green-projects-modi/> (25. August 2015).
- Posner, Eric A., und Cass R. Sunstein (2010), *Justice and Climate Change: The Unpersuasive Case for Per Capita Allocations of Emissions Rights*, in: Joseph E. Aldy und Robert N. Stavins (Hrsg.), *Post-Kyoto International Climate Policy: Implementing Architectures for Agreement*, Cambridge: Cambridge University Press, 343-371.
- Prys-Hansen, Miriam, und Benedikt Franz (2015), *Von Addis Abeba nach Paris: Das Super-Gipfeljahr zur Nachhaltigkeit 2015*, GIGA Focus Global, 4, online: <www.giga-hamburg.de/de/publication/von-addis-abeba-nach-paris-das-super-gipfeljahr-zur-nachhaltigkeit-2015> (25. August 2015).

RTCC News (2015), *Green Climate Fund Shortlists Projects Worth \$500m*, online: <www.rtcc.org/2015/06/30/green-climate-fund-shortlists-projects-worth-500m/> (6. Juli 2015).

The Guardian (2015), *Bonn Meeting Ends with Last-Minute Compromise on Paris Climate Text*, online: <www.theguardian.com/environment/2015/jun/11/sluggish-pace-mars-bonn-negotiations-on-text-for-paris-climate-deal> (13. August 2015).

UNFCCC (2014), *Adaptation Fund*, online: <unfccc.int/cooperation_and_support/financial_mechanism/adaptation_fund/items/3659.php> (26. März 2015).

World Bank (2015), *Development Banks Agree Common Approach to Measure Climate Finance*, online: <www.worldbank.org/en/news/press-release/2015/07/09/development-banks-common-approach-climate-finance> (25. August 2015).

World Resources Institute (2014), *6 Graphs Explain the World's Top 10 Emitters*, online: <www.wri.org/blog/2014/11/6-graphs-explain-world%E2%80%99s-top-10-emitters> (7. Juli 2015).

World Resources Institute (2015a), *Infographic: What Do Your Country's Emissions Look Like?*, online: <www.wri.org/blog/2015/06/infographic-what-do-your-countrys-emissions-look> (7. Juli 2015).

World Resources Institute (2015b), *What is an INDC?*, online: <www.wri.org/indc-definition> (26. August 2015).

■ Die Autoren

Dr. Miriam Prys-Hansen ist Lead Research Fellow am GIGA und Akademische Direktorin des GIGA-Doktorandenprogramms. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die BRICS-Staaten, die Regionalmächte Indien und Südafrika, die Zukunft regionaler und globaler Governance sowie internationale Klima- und Umweltpolitik. <miriam.prys@giga-hamburg.de>, <www.giga-hamburg.de/team/prys>

Malte Lellmann studiert Politikwissenschaft an der Universität Bremen und arbeitet als studentischer Mitarbeiter im Projekt „Contested World Orders“ am GIGA.

<malte.lellmann@giga-hamburg.de>

Milan Röseler, M.A., war wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA in dem Projekt „Contested World Orders“. Er hat Politikwissenschaft an der Universität Hamburg und der Universität Bremen studiert.

<milan.roe@gmail.com>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Dieser GIGA Focus ist im Rahmen des Projekts „Contested World Orders“ entstanden. „Contested World Orders“ ist ein von der Leibniz-Gemeinschaft gefördertes Kooperationsprojekt von WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), HSFK (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) und dem GIGA. In den GIGA Forschungsschwerpunkten 3 „Sozioökonomische Entwicklung in der Globalisierung“ und 4 „Macht, Normen und Governance in den Internationalen Beziehungen“ wird im Rahmen des durch die Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Climate Change Mitigation and Poverty Eradication“ (CliMiP) aus entwicklungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Sicht die Frage untersucht, inwieweit wirtschaftliche Entwicklung, Armutsbekämpfung und der Schutz des globalen Klimas miteinander vereinbar sind.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Jakob, Michael et al. (2014), Feasible Mitigation Actions in Developing Countries, in: *Nature Climate Change*, 4, 961-968.

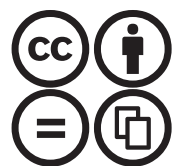
Prys, Miriam, und Thorsten Wojczewski (2015), Rising Powers, NGOs and North-South Relations in Global Climate Governance: The Case of Climate Finance, in: *Politikon: South African Journal of Political Studies*, 42, 1, 93-111.

Prys, Miriam, und Benedikt Franz (2015, forthcoming), Change and Stasis: The Institutionalization of Developing Country Mitigation in the International Climate Regime, in: *Diplomacy & Statecraft*.

Renner, Sebastian, und Jann Lay (2012), Brasilien und Mexiko: Entwicklung auf Kosten des Klimawandels?, GIGA Focus Lateinamerika, 6, online: <<https://www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>> (31. August 2015).



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0 <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Global wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Robert Kappel; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Silvia Bücke;

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg



German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

IMPRESSUM